

18.02.2022 NWZ

# Mehr Sicherheit nur per Gesetz

**VERKEHR** „Dilemma“ im Kreis: Wenn die Politik will, was die Verwaltung nicht kann

VON HERGEN SCHELLING

**LANDKREIS** – „Muss denn erst etwas passieren, bevor gehandelt wird?“ Dieser Satz fällt oft, wenn es um Verkehrssicherheit geht – so auch wieder am Dienstagabend im Bau-, Straßen- und Brandschutzausschuss des Kreistages, der gleich mehrfach über Straßen im Landkreis Oldenburg zu beraten hatte, an denen mit Tempobegrenzungen, Bedarfssampeln oder Querungshilfen mehr Sicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmer geschaffen werden sollte. Indes: Die Kreisverwaltung wies in allen Fällen nüchtern und sachlich auf die Umstände hin, die aus verkehrsrechtlichen Gründen die gewünschten Maßnahmen nicht zulassen würden.

## ■ „IMMER DER BÖSE“

„Wir müssen immer den bösen Part übernehmen“, räumte Landrat Dr. Christian Pundt

ein, „aber wir sind an Recht und Gesetz gebunden.“ Das betonte ebenso der Erste Kreisrat Christian Wolf, der die Verwaltung in einem „Dilemma“, einem „Spannungsfeld“ sieht. Dem fühlen sich offenbar besonders die Beschäftigten im Straßenverkehrsamt ausgesetzt: Dessen Leiter Siegfried Bluhm beklagte den Druck, der auf seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeübt werde, sogar das Wort „Nötigung“ fiel.

## ■ DAS GRUNDPROBLEM

Diese Beschwerde relativierte Bluhm später zwar, aber das Grundproblem bleibt für alle Beteiligten: Anlieger wünschen sich eine Geschwindigkeitsbegrenzung oder eine sichere Straßenquerung, Politiker greifen diese meist nachvollziehbaren Forderungen in einem Antrag auf – und die Kreisverwaltung kann am Ende nur erklären, dass weder das Unfallgeschehen noch die

örtlichen Gegebenheiten und darum schon gar nicht die verkehrsrechtlichen Grundlagen eine Zustimmung möglich machen.

## ■ ALLES NICHT MACHBAR

So geschah es am Dienstag bei gleich drei Anträgen von FDP und Freien Wählern: Gefordert wurden eine Fußgängerampel an der Königstraße in Hude, eine Tempo-70-Zone auf der Holler Landstraße sowie eine Geschwindigkeitsbeschränkung und eine Querungshilfe auf der Kirchstraße in Hude – alles ist laut Verwaltung mit Verweis auf die Sach- und Rechtslage nicht machbar. Die Politik reagierte gereizt: „Es regt mich auf, dass das immer so abgebügelt wird“, zeigte sich Christel Zießler (SPD) ziemlich verärgert. „Wir müssen an die schwächeren Verkehrsteilnehmer denken und nicht immer nur auf die Statistiken gucken“, sagte ihr Fraktionskollege Werner

Wulf. „Dass der motorisierte Verkehr nicht immer Vorrang hat“, forderte Götz Rohde von den Grünen und schlug vor, der Kreistag möge „mal einen mutigen Beschluss fassen, auch auf die Gefahr hin, dass der später kassiert wird.“ Rohde erkannte indes an, dass der Verkehrsbehörde aktuell die Hände gebunden sind. Darauf wies auch Günter Westermann (CDU) hin.

## ■ POLITIK GEFORDERT

Landrat Pundt appellierte an die Ausschussmitglieder, ihre Parlamentsabgeordneten in Hannover und Berlin zu mobilisieren: „Es geht nur über eine gesetzliche Änderung“, warb er um Verständnis. Arnold Hansen (Freie Wähler) sprang ihm zur Seite: „Wir Kommunalpolitiker müssen immer wieder darauf hinweisen, dass wir mit dieser Gesetzeslage nicht einverstanden sind“, forderte er. „Steter Tropfen höhlt den Stein!“